

Moskau als lachender Dritter

Der Krieg um Bergkarabach belegt, wie sinnentleert die deutsche wertebasierte Außenpolitik ist

Thomas Fasbender

Es ist eine bittere Lektion. Lange hatten die Armenier sich auf ihren Erfolgen im ersten Bergkarabachkrieg 1994 ausgeruht, dann genügte den Aserbajdschanern und ihren türkischen Verbündeten ein Feldzug von sechs Wochen. Mit der Einnahme von Schuschi am 8. November war die Entscheidung gefallen. Wer die Stadt besitzt, kontrolliert die Lebensader des armenischen Bergkarabach, die Verbindungsstraße zwischen Stepanakert und dem Mutterland. Der völkerrechtlich nie anerkannte Staat Artsach, oder auch Republik von Bergkarabach, verschwand über Nacht von der Landkarte.

1994 hatte Armenien, damals noch militärisch überlegen, das armenisch besiedelte Territorium des Nachbarlands Aserbajdschan unter seine Kontrolle gebracht. Die Verwaltung lag in den Händen der Bergkarabacher; an die 40 Millionen US-Dollar jährlich steuerten Armenien und die armenische Diaspora bei. Seit 1992 arbeitet die Minsk-Gruppe der OSZE mit den Co-Vorsitzenden USA, Frankreich und Rußland ergebnislos an einer multilateralen Lösung.

Mit den anhaltenden Waffenkäufen des reichen Aserbajdschans in Israel, der Türkei und Rußland kippte schließlich das Kräfteverhältnis. Als Reaktion darauf präsentierte die Moskauer Diplomatie schon 2017 den sogenannten Lawrow-Plan. Diese Initiative, offiziell nie bestätigt, lief auf fast die gleiche Lösung hinaus, die jetzt nach einem Krieg mit mehreren tausend Toten umgesetzt wird: Die Armenier in Bergkarabach bescheiden sich mit ihrem ehemals autonomen Gebiet, Aserbajdschan gewährt einen fünf Kilometer breiten Korridor zum Mutterland, und russische Truppen sichern den Frieden entlang der Demarkationslinie.

In der westlichen Öffentlichkeit ist der Lawrow-Plan unbekannt, von den Außenministerien wird er abgelehnt. Vorgeblich will man keine Lösungsvorschläge jenseits der definierten multilateralen Formate. In Wahrheit ging es darum, die russische Position im Südkaukasus nicht zu stärken.

Genau das ist mit der jetzt unterschriebenen Vereinbarung geschehen. Doch auch bei den Armeniern fand Lawrows Vorschlag keine Zustimmung. Hätten sie ihn nur akzeptiert – sie würden jetzt wesentlich besser dastehen. Nach dem Sechs-Wochen-Krieg verlieren sie obendrein den Süden des eigentlichen Bergkarabach und die Stadt Schuschi.

Noch im Oktober hatte die zurückhaltende russische Politik international für Verwunderung gesorgt. Dabei vertraute Moskau nur einer pragmatischen Weisheit: Wer nicht hören will, muß fühlen. Die Russen gehen aus dem Konflikt als die diplomatischen Sieger hervor. Sie haben ihre Position in Eriwan ausgebaut, ohne die Beziehungen zu

Aserbaidzhan auf das Spiel zu setzen. Auf die Schaukelpolitik des armenischen Premiers Nikol Paschinjan, die man in Europa als „Öffnung zum Westen“ bezeichnet, wird das nicht ohne Einfluß bleiben.

Gewonnen hat auch die Türkei, und zwar nicht nur einen dankbaren Nachbarn und Energielieferanten. Zur Projektion machtpolitischer Ambitionen im ex-osmanischen Raum fehlte noch der Kaukasus; die Lücke ist nun geschlossen. Im östlichen Mittelmeer, auf dem Balkan, im Nahen Osten und nun auch im Südkaukasus trumpft Ankara als selbstbewußte Regionalmacht auf. Zudem sieht die Bergkarabach-Vereinbarung noch einen zweiten Fünf-Kilometer-Korridor vor, quer durch Armenien, zwischen Aserbaidzhan und seiner Exklave Nachitschewan an der Grenze zur Türkei. Ankara verfügt künftig über eine faktische Landbrücke zum Kaspischen Meer und den turkstämmigen Staaten in Zentralasien.

Der geopolitische Verlierer ist der Westen, dem allmählich jeder Einfluß östlich des Bosphorus entgleitet. Die Mißachtung des OSZE-Formats der Minsk-Gruppe durch Rußland und die Konfliktparteien – die USA und Frankreich wurden gar nicht erst benachrichtigt – spiegelt diesen Bedeutungsverlust. Die gerade in Deutschland gern beschworenen multilateralen Prozesse versagen in der neuen, polyzentrischen Welt. Das beste Beispiel ist die völlig ins Leere gelaufene Berliner Libyen-Konferenz Anfang 2020.

Der Konflikt belegt auch, wie sinnentleert die sogenannte wertebasierte Außenpolitik ist. 2016 hat der Bundestag den türkischen Völkermord an den Armeniern vor damals hundert Jahren mit nur einer Gegenstimme verurteilt. Vier Jahre später, als türkische Söldner und türkische Drohnen in Bergkarabach armenische Zivilisten töten, fallen der deutschen Regierung nur müde Aufrufe zur Waffenruhe ein. Wie reagieren unsere wertebewegten Außenpolitiker auf den Beschuß der Ghasantschezoz-Kathedrale in Schuschi? Ist der brutale Akt ihnen wenigstens eine Protestnote wert? Nein. Zu teuer ist der Flüchtlingsdeal mit der Türkei. Auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker spielt keine Rolle mehr, seit die Verfechter der Krim-Annexion von 2014 sich auf ebendieses Recht berufen. Seither zählt nur die territoriale Integrität. Baku und Ankara konnten sich schon vor Kriegsbeginn ausrechnen, daß der Westen ihnen erst dann entgegentritt, wenn sie armenisches Staatsgebiet verletzen.

Das Schweigen angesichts der aserbaidzhanisch-türkischen Aggression wird Europa noch teuer zu stehen kommen. Es legitimiert und ermutigt andere Staaten, ihre völkerrechtlichen Ansprüche militärisch durchzusetzen – zum Beispiel die Ukraine. Was es braucht, ist ein potenter Waffenlieferant und starker Partner. Insofern ist Joe Bidens Wahlsieg ein Lichtblick für die rachsüchtigen Falken in der Kiewer Politik. Erst im August hatte der künftige US-Präsident angekündigt, daß die russische „Okkupation der Ukraine“ zu enden habe und er dem Land „todbringende Waffen“ liefern werde. Es ist eine Forderung, die Biden seit Jahren erhebt. Der nächste europäische Krieg rückt näher.

Bewußte Abgrenzung

Islamismus: Der Westen sehnt sich einen „Euro-Islam“ herbei – den wird es nie geben

Tilman Nagel

Als mehrere Personen im Begriff standen, sich seiner Religion anzuschließen beziehungsweise nach Medina zu kommen, um sich in seine Truppen einzureihen, soll Mohammed ihnen gegenüber folgenden Grundsatz bekräftigt haben: „Die Islamannahme schneidet alles ab, was vorher war! Die Hedschra schneidet alles ab, was vorher war!“ Alles, was aus islamischer Sicht als Verfehlung gegen die von ihm verkündete Botschaft und deren Siegeszug gegolten haben mochte, war mit diesem Schritt vor „Allah und seinem Gesandten“ getilgt.

Mit dem Übertritt zum Islam befindet sich der Gläubige nicht nur in einem neuen System von Werten und Alltagsregelungen, sondern auch in einem Gemeinwesen anderer Art. Die mit dem Übertritt anerkannten neuen Loyalitäten sind so stark, daß sie selbst engste Blutsbande außer Kraft setzen, sofern die betreffenden Personen nicht ebenfalls Muslime sind. Die Überlieferungen zur Prophetenvita bieten hierfür eindrucksvolle Belege. Sie rechtfertigen nach muslimischer Vorstellung die Geltung dieses Grundsatzes bis auf den heutigen Tag. Familienangehörige von Konvertiten wissen von leidvollen Erfahrungen dieser Art zu berichten.

Die Zugehörigkeit zum Islam begründet die Pflicht, nicht nur den Glaubensgenossen gegenüber ein Höchstmaß an Solidarität zu zeigen, sondern sich auch bewußt von allem Nichtislamischen und von den Menschen loszusagen, deren Lebenszuschnitt hiervon bestimmt ist. Muslimische Gelehrte erörtern dieses Thema in aller Breite. In den einschlägigen Handbüchern kann man das nachlesen.

So findet sich, um nur ein Beispiel zu geben, in der vielbändigen Schariaenzyklopädie, die das kuwaitische Religionsministerium zwischen 1993 und 2007 herausgegeben hat, die Aussage, daß Schuldverhältnisse, die ein Konvertit vor dem Übertritt zum Islam ohne die Absicht eingegangen war, sie zu begleichen, nun erloschen seien; wäre das nicht der Fall, dann könnte ihn das von der Annahme des Islams abhalten.

Den weltweiten Triumph des Islams herbeizuführen ist eine im islamischen Denken und Schrifttum allgegenwärtige und niemals in Frage gestellte Wunschvorstellung. In früheren Epochen legte man Konvertiten daher nahe, das „Gebiet des Krieges“, das heißt die noch nicht der islamischen Machtausübung unterliegenden Weltgegenden, zu verlassen; die Kampfkraft der Andersgläubigen dürfe nicht erhalten bleiben. Heute ist diese dringende Empfehlung überholt, denn dank der in den westlichen Ländern geltenden Religionsfreiheit ist das Ziel der Machtausübung am ehesten zu erreichen, wenn die muslimische Glaubensgemeinschaft hier Zuwachs erhält.

Das Verhältnis des Muslims zu Andersgläubigen oder Nichtgläubigen, mögen diese unter islamischer Herrschaft leben oder nicht, ist von einem tiefverwurzelten

Überlegenheitskomplex geprägt, der sich auf unterschiedliche Weise manifestiert. Seine wichtigste Stütze findet er im Koran, wo es in Sure 3, Vers 110 heißt: „Ihr (Muslime) seid die beste Gemeinschaft, die je für die Menschen gestiftet wurde. Ihr befehlt, was recht ist, verbietet das Verwerfliche und glaubt an Allah. Glaubten auch die ‘Leute der Schrift’ (also die Juden und die Christen), wäre das besser für sie ...“

Viele Male betont Mohammed im Koran, daß seine Botschaft mit der Ratio des Menschen übereinstimme. Die „Leute der Schrift“ bestreiten den Vorrang Abrahams, auf den Mohammed sich mit seiner Botschaft beruft; „dabei sind doch die Torah und das Evangelium erst nach Abraham offenbart worden! Habt ihr denn keinen Verstand?“ (Sure 3, 65) Der unanfechtbare Geltungsanspruch des Islams lasse sich mit dem Verstand begründen. Dieser Gedanke gewinnt in der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert mit zunehmender Erbitterung geführten Polemik gegen den Westen an Gewicht: Der Islam sei die Religion des Verstandes schlechthin und deswegen allen religiösen wie säkularen Systemen überlegen; er sei die Daseinsordnung für die Menschheit in ihrem Reifestadium.

Ihr anzugehören bedeutet, vorbehaltlos dem Propheten zu folgen, wird den Muslimen in Sure 8, Vers 20 bis 23, eingeschärft; wer sich dem entziehe, sei wie das Vieh, dem der Verstand abgeht. Man möchte von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ sprechen, einem Begriff, der von Herrn Seehofer jüngst eingesetzten Fahndungsgruppe „Islamophobie“ geläufig sein dürfte, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Aus durch den Koran und die Prophetenüberlieferung legitimierten Aussagen dieser Art, die das islamische Schrifttum in erheblicher Dichte durchziehen, resultiert eine schroffe Abwertung nichtislamischer Menschen und nichtislamischer Zivilisation und Politik.

In der Geschichte hat sie sich seit frühester Zeit zum Beispiel in den Bestimmungen niedergeschlagen, denen Nichtmuslime im Bereich islamischer Macht unterworfen waren und sind. Desgleichen findet sie sich in der Verweigerung eines ernsthaften, auch die eigene Position hinterfragenden Dialogs „auf Augenhöhe“ mit Andersgläubigen oder mit Verfechtern einer freiheitlich-demokratischen Staatsidee.

Weswegen eine in Verbindung mit den Islamverbänden in Gang gesetzte Imamausbildung, die sich doch auf das islamische Schrifttum stützen wird, diesem Mangel entgegenwirken soll, erschließt sich dem nüchternen Beobachter nicht. Jedenfalls wird sie den islamischen Boden, in dem der „Islamismus“ wurzelt, fruchtbar erhalten.

Prof. Dr. Tilman Nagel ist emeritierter Islamwissenschaftler der Universität Göttingen und gilt als einer der bedeutendsten Orientalisten Deutschlands.

Trump fühlt sich verraten

Indizien eines Wahlbetrugs in den USA verdichten sich: Der amtierende US-Präsident macht alles, er geht nur nicht nach Hause

Thorsten Brückner

Die Vorwürfe sind zahlreich: illegales Rückdatieren von Briefwahlunterlagen, Tote, die ihre Stimme abgegeben haben, Auszählungen in großen Städten, die hinter verschlossenen Türen ohne republikanische Beobachter stattgefunden haben, und schließlich eine Software, die Manipulationen möglich macht. Was davon bewiesen ist und was nicht, darüber gehen die Meinungen zwischen dem linksliberalen und dem konservativen Amerika auseinander. Der Reihe nach.

Gingrich: „Wir glauben, daß diese Leute Diebe sind“

Daß zahlreiche Tote bei der Wahl ihre Stimme abgegeben haben, kann als belegt gelten. Moderator Tucker Carlson stellte in seinem abendlichen Programm auf Fox News einige der Personen vor, die noch aus dem Jenseits ihrer vermeintlichen Bürgerpflicht nachgekommen sind – die Briefwahl macht's möglich, zumal in Staaten, in denen Wahlunterlagen einfach wild an das ganze Wählerverzeichnis gesendet wurden wie etwa in Nevada. Im Silver State häufen sich zudem Vorwürfe, zahlreiche Bürger hätten ihre Stimme dort abgegeben, obwohl diese längst den Bundesstaat verlassen haben.

Aus Pennsylvania berichtet Trump-Berater Corey Lewandowski von einem Katz-und-Maus-Spiel bei der Beobachtung der Stimmauszählung. Republikaner hätten sich dort erst vor Gericht Zutritt zu den Auszählungsstätten verschaffen müssen, und auch danach seien sie in Philadelphia, der Stadt, in der der Republikaner Mitt Romney 2012 angeblich in 59 Wahlgebieten null Stimmen geholt hatte, nicht nahe genug an die eigentliche Zählung herangelassen worden. Trump-Anwalt Rudy Giuliani spricht von Hunderttausenden Stimmen, die im Keystone State auf irreguläre Art und Weise abgegeben worden seien. Ein Postmitarbeiter in dem Staat hat zudem unter Eid ausgesagt, daß sein Vorgesetzter die Rückdatierung verspätet eingegangener Briefwahlunterlagen angeordnet haben soll.

Die Vorwürfe der republikanischen Seite sind an Schärfe kaum zu überbieten. „Wir glauben, daß diese Leute Diebe sind, wir glauben, daß die Maschinerie in den großen Städten korrupt ist“, sagte der frühere Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich. Die immens hohe Wahlbeteiligung wirft Fragen auf. Trump konnte im Vergleich zu 2016 seine Stimmenzahl um über zehn Millionen steigern und verlor dennoch im Popular Vote, weil Biden neun Millionen Stimmen mehr holte als Barack Obama 2008 – eine Wahl, die damals getragen war von einem landesweiten Enthusiasmus für den ersten schwarzen Präsidenten. Zwar haben die USA heute auch 24 Millionen mehr Einwohner als vor zwölf Jahren, dennoch war im Wahlkampf – gerade auf seiten der Demokraten – so gut wie keine Euphorie zu spüren.

Fox News hat sich gegen Trump gewendet

Dem Datenjournalisten Richard Baris zufolge hat Trump in allen größeren Städten prozentual besser abgeschnitten als gegen Clinton 2016 – ein Trend, dem ausgerechnet vier Städte in vier umkämpften Staaten nicht folgen wollten: Milwaukee (Wisconsin), Detroit (Michigan), Atlanta (Georgia) und Philadelphia (Pennsylvania). Umstritten ist auch die Software Dominion, die in Wisconsin für einen Ergebnisfehler zuungunsten Trumps verantwortlich gemacht wird.

Dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Unternehmens, Eric Coomer, werden zudem Kontakte zur Antifa nachgesagt. Texas weigerte sich wegen Manipulationsanfälligkeit, die Software zu verwenden. In 28 Staaten kam sie zum Einsatz, darunter in zahlreichen Swing States. Trump will weiter alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Biden habe die Wahl gewonnen, weil sie manipuliert worden sei, so die Position des Präsidenten. Trump fühlt sich von der Plattform Twitter, die seine Tweets nach der Wahl zensierte und teilweise löschte, ebenso verraten wie von seinem einstigen Haussender Fox News. Besonders die Entscheidung des Fox News Decision Desk in der Wahlnacht, Biden zum Sieger im Staat Arizona zu erklären, stieß ihm sauer auf – eine Entscheidung, von der man nach Kenntnis des Endergebnisses (beide Kandidaten trennen in dem Staat nur 10.000 Stimmen) zumindest vermuten kann, daß sie politisch motiviert war.

Zwei mögliche Entwicklungen für die Zeit nach dem 20. Januar, dem Tag, an dem Biden mutmaßlich als 46. Präsident vereidigt wird, zeichnen sich ab. Trump denkt laut Medienberichten derzeit über die Schaffung eines neuen konservativen Fernsehsenders in Konkurrenz zu Fox News nach. Auch eine erneute Kandidatur 2024 gilt nicht als ausgeschlossen.

Die intelligente Beute

Vor 75 Jahren wurden mit der Operation Paperclip im großen Stil deutsche Wissenschaftler in die USA gebracht

Thomas Schäfer

Das Dritte Reich war den Westalliierten wie auch der Sowjetunion militärtechnisch in einigen wichtigen Bereichen deutlich überlegen. So zum Beispiel beim Bau von Raketen, Strahlflugzeugen und U-Booten mit neuartigen Antrieben. Deshalb initiierten die Joint Chiefs of Staff, also die Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte, im Juli 1945 die Geheimoperation „Overcast“. Der Zweck derselben bestand darin, deutsche Wissenschaftler und Techniker zu rekrutieren, um sich deren Wissen und Können zu sichern.

Die Namen der Zielpersonen konnte die mit der Aktion betraute Joint Intelligence Objectives Agency (JIOA) vielfach der sogenannten Osenberg-Kartei aus den Jahren 1943/44 entnehmen. Darin hatte der Leiter des Planungsamtes im Reichsforschungsrat (RFR) und spätere Chef der Wehrforschungs-Gemeinschaft des RFR, Professor Werner Osenberg, rund 15.000 Fachkräfte erfaßt, welche von der Wehrmacht freigestellt und in der kriegswichtigen Rüstungsforschung eingesetzt werden sollten.

Auszüge aus dieser Aufstellung entdeckte ein zwangsverpflichteter polnischer Labortechniker im März 1945 in einer Toilettenschüssel in den Räumlichkeiten der Universität Bonn – offenbar war es jemandem nicht gelungen, die geheimen Papiere in der Kanalisation verschwinden zu lassen. Sie gelangten dann auf dem Umweg über den britischen Geheimdienst MI6 und das Office of Strategic Services (OSS), die Vorläuferorganisation der CIA, auf den Schreibtisch von Major Robert Staver.

Staver fungierte als Leiter der Jet Propulsion Section innerhalb der Research and Intelligence Branch des U.S. Army Ordnance Corps, dem die Entwicklung und die Beschaffung von Waffen und Munition für die Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten oblagen. Der Offizier erkannte die Bedeutung der Auflistung sofort und wandte sich umgehend an das Pentagon, das seinerseits alles Weitere veranlaßte, wobei das Hauptaugenmerk auf der Indienstnahme deutscher Raketenbauer lag.

Fortsetzung der Entwicklung neuer Raketentechnik

Währenddessen beschlagnahmten US-Einheiten unter dem Kommando von Major William Bromley und Major James Hamill in der unterirdischen Fabrik Mittelwerk bei Nordhausen etwa einhundert im Bau befindliche Raketen und verschifften diese in die USA. Einige Wochen später sorgten die JIOA und das U. S. Army Ordnance Corps dafür, daß der Technik auch die entsprechenden Fachleute folgten: Im August 1945 konnte Stavers Vorgesetzter Colonel Holger Toftoy 127 deutsche Raketenexperten anwerben. Sieben davon wurden am 12. September 1945 nach Fort Strong auf Long Island im Hafen von Boston (Massachusetts) gebracht, darunter auch Wernher von Braun, ehemals technischer Direktor der Heeresversuchsanstalt Peenemünde und Chefkonstrukteur der A4, des Prototypen aller einsatzfähigen Raketen mit Flüssigkeitstriebwerk. Ein Exemplar dieses Waffensystems hatte am 20. Juni 1944 sogar als erstes von Menschen geschaffenes Objekt den Weltraum erreicht.

Der Vorhut mit von Braun folgte am 19. November 1945 das Gros der übrigen „Paperclip Boys“ – so hießen die gefragten Fachkräfte im Jargon der JIOA, welche die Akten der relevanten Personen aus den Zusammenstellungen von Osenberg beziehungsweise Staver mit aufgesteckten Büroklammern zu kennzeichnen pflegte. Gleichzeitig mutierte die „Operation Overcast“ nun zur „Operation Paperclip“.

Die deutschen Experten, welche vor 75 Jahren in die USA kamen, führten ihre Entwicklungsarbeit zunächst in Fort Bliss (Texas) und den White Sands Proving Grounds in New Mexico fort. Vom April 1946 bis zum Oktober 1951 wurden insgesamt 66 der in Thüringen sichergestellten A4-Raketen zu Versuchszwecken gestartet, während die US-

Regierung gleichzeitig noch diverse weitere deutsche Wissenschaftler verpflichtete, bis deren Zahl etwa tausend erreichte. So kamen beispielsweise nun auch Ingenieure und Chemiker der I.G. Farben sowie des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung, die ihr Know-how hinsichtlich der Herstellung synthetischer Kraftstoffe weitergaben. Ebenso schöpfte man das Wissen der Fachleute des Dritten Reiches in bezug auf innovative Luftfahrttechnik, Kernforschungsanlagen, chemische und biologische Waffen sowie Verschlüsselungsmaschinen ab. Und die Briten sicherten sich ihrerseits so manchen deutschen Marinetechniker.

Prägend für technischen Fortschritt im Kalten Krieg

Die Geheimhaltung um die „Operation Paperclip“ endete im September 1946, als Präsident Harry S. Truman eine Grundsatzerklärung zum nunmehrigen „Project Paperclip“ unterzeichnete, womit die irritierte Öffentlichkeit jetzt offiziell erfuhr, daß sich zahlreiche ehemalige „Nazi-Wissenschaftler“ im Lande befanden und für die Regierung beziehungsweise die Streitkräfte der Vereinigten Staaten arbeiteten. Die UdSSR, welche ebenfalls bereits einige frühere Mitarbeiter von Brauns und weitere Experten eingespannt hatte, reagierte am 22. Oktober 1946 mit der „Operation Ossoawiachim“, in deren Verlauf mehr als 2.500 deutsche „Spezialisten“ mitsamt ihren Familien aus der Sowjetischen Besatzungszone nach Osten verschleppt und hernach zur Mitwirkung an diversen UdSSR-Rüstungsforschungsprojekten gezwungen wurden.

Hierdurch zeichneten Wissenschaftler und Ingenieure aus dem besiegten Dritten Reich maßgeblich für den militärtechnischen Fortschritt auf seiten der beiden Supermächte während der Zeit des Kalten Krieges verantwortlich. Dabei legten sie nebenher auch den Grundstein für die spektakulären Raumfahrtprogramme der USA und der Sowjetunion, welche den Menschen zuerst ins All und dann auf den Mond brachten sowie die Erforschung unseres Sonnensystems und der Weiten jenseits von dessen Grenzen ermöglichten.